

## Ein historischer Parlamentstag.

Ministerpräsident Bekerele verkündete heute im Abgeordnetenhaus die Selbständigkeit Ungarns auf Basis der Personalunion. — Eine überaus stürmische Sitzung.

Ministerpräsident Dr. Bekerele verkündete in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses, daß Oesterreich sich auf föderativer Grundlage einrichten und Ungarn, wenn dieser Fall eintreten wird, auf die Personalunion übergehen werde. Es ist dies ein großes, ja das größte Ereignis im politischen Leben Ungarns seit der Wiederherstellung seiner Verfassung. Alle Staatskunst muß jetzt darauf gerichtet sein, daß diese denkwürdige Errungenschaft, welche uns jetzt als reife Frucht vom Baume der Weltgeschichte in den Schoß fallen kann, sich durch ruhige, umsichtige und planmäßige Ausgestaltung im Leben der Nation durchsetze. Ungarn steht von heute ab vor einem zweifachen Problem. Das erste ist: die große staatsrechtliche Umgestaltung im Zusammenhang mit den dazugehörigen politischen, militärischen und ökonomischen Verzweigungen auf die Bahn einer ungestörten Fortentwicklung hinüber zu leiten. Das zweite Problem ist: die Kräftesammlung, die Konzentration aller politischen Energien der Nation zu diesem neuen Bauwerke. Jede Zersplitterung oder Vergeudung der Kräfte der Nation kann dem Werke schädlich und verhängnisvoll werden. Es klingt verheißungsvoll und beruhigend, daß der Ministerpräsident mit unserem Uebergang auf die Personalunion gleichzeitig unsere durchaus wohlwollende Haltung unseren Nationalitäten und unserem Schwesterlande Kroatien gegenüber in feierlichen Worten verkündete. Ebenso beruhigend wird allenthalben die Erklärung des Ministerpräsidenten wirken, daß die Pragmatische Sanktion und die aus ihr fließenden Bestimmungen durch unsere selbständige Einrichtung keine Schädigung erleiden werden. Die Regierung will alle ihre Kräfte daransetzen, daß die große staatsrechtliche Umgestaltung nach keiner Seite hin Mißverständnisse hervorrufe, sondern in voller Harmonie aller Teile des Volkes und aller Machtfaktoren des Staates zur Durchführung gelange. Der neuzugestaltende ungarische Staat sichert also der Dynastie die unverletzliche Aufrechterhaltung der Bestimmungen der Pragmatischen Sanktion zu, er gewährt dem Schwesterlande unter Wahrung und Aufrechterhaltung der Staatsgemeinschaft die Erfüllung seiner Wünsche im Sinne der selbständigen Entwicklung und will auch die Wünsche der Nationalitäten berücksichtigen unter selbstverständlicher Aufrechterhaltung unserer staatlichen Einheit.

Diesem Regierungsprogramm mit seinen großen, verheißungsvollen Ausblicken sollte in allererster Reihe die Karolische Unabhängigkeits- und 48er Partei jubeln. Ist es doch ihr Programm, welches endlich in Erfüllung gehen soll. Wie soll man sich den grellen Widerspruch erklären, daß gerade diese Partei es war, welche heute bei der Verkündung des Unabhängigkeitsprogramms wüste Ständalzenen aufführte und dabei nichts geringeres als den Kopf des Regierungschefs forderte? Bedenkt die Partei nicht, daß man im Lande selbst unter ihren politischen Anhängern sagen wird, daß ihr mehr um die Erlangung der Macht, als um die Erfüllung ihrer langgehegten Aspirationen gelegen ist? Sollte es in den Sternen geschrieben stehen, daß in Un-

garn kein Mensch und keine Partei den Unabhängigkeitsgedanken kompromittieren werde, als einzig und allein die Unabhängigkeitspartei? Einmal hat sie ihr Programm schon Bügen gestraft. Und zwar geschah dies zur Zeit der ersten Koalitionsregierung, als die Unabhängigkeitspartei von vorneherein sich der Krone gegenüber verpflichtete, die wirtschaftliche Gemeinsamkeit mit Oesterreich bis 1917 aufrechtzuhalten. Nachdem dieses Obligo geschrieben und besiegelt war, erklärte der damalige Unterrichtsminister Graf Apponyi in einer großen Rede an seine Jahrberehner Wähler, daß der Verwirklichung des Programms der Unabhängigkeitspartei nichts mehr im Wege stehe. „Nichts“, sagte eine hochsinnige Dame an einer Tafelrunde in Rátót, wo der Gutsherr die Apponyische Rede laut vorlas, „nichts steht der Verwirklichung im Wege, als die Dynastie und das Kabinett Bekerele, dessen Mitglied Graf Apponyi ist“. Wer und was nötigte die Unabhängigkeitspartei zu ihrem damaligen parteipolitischen Saltomortale? Niemand und nichts anderes als ihr eigenes Machtgelüste. Was ist nun der Unterschied zwischen damals und heute? Damals wollten sie herrschen, und sie herrschte, heute möchte sie wieder herrschen, aber sie kommt nicht daran. Die Partei ist des Glaubens, zuerst komme sie, dann ihr Programm. Nun bekam die Reihenfolge einen Riß, zuerst kommt das Programm und dann die Partei? Nun, diese kommt gar nicht. Daher Zeter und Mordio.

Wenn der Uebergang zur neuen Ordnung sich ohne Zudungen und ohne Störungen vollziehen soll, dann muß das Werk der Vollziehung in die Hände jener Elemente gelegt werden, welche allein in der neuen Verfassungsära die ruhige Entwicklung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete besorgt haben. Soll die Verheißung zum Uebergang auf die Personalunion nicht für die Nation ein Danaergeschenk werden, dann müssen sich gerade die bisherigen 67er Elemente an die Arbeit des Neubaus machen, denn nur sie vermögen für den ruhigen Uebergang der Nation eine Gewähr zu bieten. Meint man, es klinge paradox, daß die 67er jetzt an die Durchführung des 48er Programms herantreten sollen? Durchaus nicht. Der 67er Ausgleich hat uns den Weg zum Uebergang auf die Personalunion ganz und gar nicht verrammelt. Die selbständige Armee, das selbstständige Zollgebiet und die gesonderte Bank sind dem Ausgleichsgesetz nicht zuwider. Wäre dem anders, dann hätten die mehrmals wiederholten Ausgleichsverhandlungen keinen Sinn gehabt. Wir haben aus freiem Willen und nicht aus gesetzlichem Zwang mit Oesterreich verhandelt. Dasselbe Gesetz, welches uns auf den Weg wies, mit einem einheitlichen und verfassungsmäßigen österreichischen Staate nach rechts zu verhandeln, gibt uns das volle Recht, nach links zu gehen, wenn der österreichische Staat aufhört, einheitlich oder verfassungsmäßig zu sein.

Wer gestern noch ein orthodoxer 67er war, kann heute, ohne jeden Widerspruch mit sich selbst, ein ebenso strenggläubiger 48er sein. Nicht wir, sondern die österreichischen Verhältnisse haben sich geändert und uns genötigt, auf jene Basis zurück-

zugehen, welche uns die 67er Gesetze offen liegen. Daraus folgt, daß nur die besonnenen 67er Elemente berufen sind, im Lande die volle Beruhigung zu erwecken darüber, daß der neue staatsrechtliche Ausbau der Personalunion, falls der innere Zerfall Oesterreichs unabwendbar und uns der Uebergang unvermeidlich werden sollte, nicht rückwärts, nicht als planloses Durcheinander, sondern in ruhiger, naturgemäßer Entwicklung sich vollziehen wird. Die Aufforderung des Ministerpräsidenten zur Mobilisierung aller wirkenden Kräfte des Landes klingt uns daher wie ein höchster Mahnruf entgegen. Die Weltgeschichte hat zu unseren Gunsten gesprochen, an uns liegt es, ihren Wahrspruch zu verstehen und auch zu beherzigen.